

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 44 (1952)
Heft: 12

Artikel: Die USA-Gewerkschaften nach der Präsidentenwahl
Autor: Leichter, Otto
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353568>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

fügung steht und Mißbräuche in der Verwendung des Geldes sicher nicht bestehen. Die Versicherung der Nichtbetriebsunfälle hat sich als segensreiche Institution bewährt, und das verlangte höhere Solidaritätsoffer soll dazu dienen, daß die Versicherung wie bisher ein wirksames Mittel zur Schaffung der sozialen Sicherheit und damit zur Verwirklichung eines der heute so heiß umstrittenen Menschenrechte bleibt. Leider ist bis heute das Gesetz über die Unfallversicherung ein Klassengesetz geblieben; aber es ist zu hoffen, daß das im Entwurf vorliegende Arbeitsgesetz die Unfallversicherung in weitere Kreise trägt. Das darf aber nicht in der unglücklichen Form geschehen, wie der Entwurf sie vorsieht, und der Gewerkschaftsbund wird auch hier zum Rechten sehen müssen.

Dr. A. Bohren.

Die USA-Gewerkschaften nach der Präsidentenwahl

Die beiden Führer der großen amerikanischen Gewerkschaftsorganisationen, *Philip Murray*, Präsident des Congress of Industrial Organisations (CIO), und *William Green*, seit 1924 Präsident der American Federation of Labor (AFL), der älteren und größeren der beiden Organisationen, sind kurz nach der amerikanischen Präsidentenwahl innerhalb kaum zweier Wochen gestorben. Das ist ein tragisches Zusammentreffen einer jener geschichtlichen «Zufälle», die symbolische Bedeutung gewinnen. Nicht etwa, daß die beiden Männer, die an den Geschicken der amerikanischen Arbeiterbewegung so hervorragenden Anteil hatten, an gebrochenem Herzen wegen des Ausgangs der Wahlen gestorben wären; dazu hatten die beiden in ihrem Kämpferleben zu viele Wechselfälle überstanden und die Gedanken, für die sie kämpfen, schließlich doch siegen gesehen. Aber es ist doch ein Symbol, daß die beiden Männer, die in der nun zu Ende gehenden Epoche der amerikanischen Geschichte, die zugleich eine Periode unerhört raschen Fortschrittes der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung war, eine so hervorragende Rolle gespielt haben, nun die Gewerkschaftsbewegung nicht in die neue Phase ihrer Entwicklung begleiten werden, die mit der Inauguration des ersten republikanischen Präsidenten seit zwanzig Jahren am 20. Januar 1953 beginnen wird. Neue Männer werden in die Bresche springen, und die amerikanische Gewerkschaftsbewegung, in den zwei Jahrzehnten des Fortschrittes erstarkt und gereift, wird ihren Kampf unter neuen Bedingungen führen müssen.

Ein Höhepunkt der Politisierung der USA-Gewerkschaften

Wenn die politische Geschichte dieser letzten zwanzig Jahre geschrieben und die Rolle der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung in dieser Epoche gewürdigt werden wird, wird zweifellos eines der wichtigsten Kapitel der ständig zunehmenden Beschäftigung der amerikanischen Gewerkschaften mit Gesetzgebungsfragen und mit Politik gewidmet werden. Als Franklin Roosevelt im März 1933 inmitten der bisher schwersten Krise der amerikanischen Wirtschaftsgeschichte sein Amt antrat und nach völlig neuen Wegen zu ihrer Ueberwindung suchte, stand die offizielle Führung der damals noch geeinigten American Federation of Labor der neuen Wirtschafts- und Sozialgesetzgebung zunächst mit einigem Skeptizismus gegenüber. Es brauchte Jahre, bevor die Gewerkschaften sich von der alten Theorie der ausschließlich wirtschaftlichen Aktion in den Betrieben befreiten und die Wichtigkeit der gesetzgeberischen Aktion erkannten. Aber die Entwicklung vollzog sich doch außerordentlich rasch. 1948 standen bereits *beide* großen Gewerkschaftsorganisationen im aktiven Kampf um die Präsidentenwahl. Und diese Entwicklung zu fortschreitender Politisierung der Gewerkschaften kulminierte 1952 in der einmütigen Unterstützung des demokratischen Präsidentschaftskandidaten *Adlai Stevenson* durch *alle* Gewerkschaftsorganisationen.

Die American Federation hat auf ihrer Jahrestagung im September, nachdem sie beide Präsidentschaftskandidaten gehört hatte, einstimmig, mit ganz wenigen Stimmenthaltungen, den Beschluß gefaßt, Adlai Stevenson zu unterstützen. Das war der erste derartige Beschluß, den eine Jahrestagung, die höchste Instanz der AFL, faßte. Es war das letzte große Werk, das der 79jährige William Green in seiner mit so vielen Wandlungen des amerikanischen Gewerkschaftslebens verbundenen Laufbahn zustande gebracht hat. Auch diejenigen unter den AFL-Führern, die wiederholt für die Republikaner eingetreten waren, stimmten entweder für den Beschluß, den Demokraten zu unterstützen, oder enthielten sich der Stimme. In Wirklichkeit gab es weder Stimmen gegen Stevenson noch Stimmen für politische Neutralität in diesem Wahlkampf.

Für die allgemeine Stimmung unter den Gewerkschaftern noch kennzeichnender war der Beschluß des Bergarbeiterverbandes, der auf seinem Konvent unter großer Begeisterung beschloß, Stevenson zu unterstützen. *John L. Lewis*, der bekannte Führer der Bergarbeiter, stellte selbst diesen Antrag, obwohl er sonst nur einmal, im Jahre 1936, einen demokratischen Präsidentschaftskandidaten unterstützt hatte. Aber 1940 wendete er sich wieder von Franklin Roosevelt ab, unterstützte den Republikaner *Wilkie* und hat 1944 und 1948 gegen die Demokraten Stellung genommen. Diesmal be-

deutete der Beschluß der Bergarbeiter, daß die amerikanischen Gewerkschaften wirklich *einmütig* für den demokratischen Kandidaten aufmarschierten. Der CIO, der mit den Demokraten seit Jahren enger verbunden ist, hatte schon vorher den Beschluß gefaßt, Stevenson zu unterstützen, und die meisten Eisenbahnverbände standen ebenfalls hinter den demokratischen Präsidentschaftskandidaten. Diese Einmütigkeit war nicht nur eine Anerkennung der außerordentlichen Fähigkeiten dieses ungewöhnlichen Präsidentschaftskandidaten, sondern auch die Konsequenz des fortschrittlichen Charakters des demokratischen Programms, das im Gegensatz zu der von den Republikanern beschlossenen Wahlplattform den meisten Forderungen der amerikanischen Gewerkschaften sowohl auf wirtschaftlichem wie sozialem wie auch auf dem Gebiete der Gleichberechtigung der Minderheiten, vor allem der Neger, entgegenkam. Die Einmütigkeit der Gewerkschaften in einem *politischen* Kampf war aber auch die Schlußfolgerung der Entwicklung in den zwanzig Jahren demokratischer Administration: trotz dem politischen Individualismus, der auch unter den amerikanischen Gewerkschaftern weit verbreitet ist, gab es keinen verantwortungsvollen Gewerkschaftsfunktionär, der sich hätte weigern können, anzuerkennen, was die Gewerkschaften in den zwei Jahrzehnten des «Fair Deal» und «New Deal» gewonnen hatten und was für sie in diesen Wahlen auf dem Spiele stand.

Die Sorge um die Zukunft der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung unter einem republikanischen Regime hat die Gewerkschaften vor allem bestimmt, ihre organisatorischen Kräfte in diesem Wahlkampf einzusetzen. Selbstverständlich wissen die amerikanischen Gewerkschaftsführer, was die Voraussetzungen der politischen Entscheidung der amerikanischen Wähler, auch der Arbeiterwähler, sind: sie sind auf ihre Unabhängigkeit sehr bedacht und haben zu ihren Gewerkschaften eine ganz andere Einstellung als etwa europäische Arbeiter zu ihren politischen *Parteien*: es ist für die überwiegende Mehrheit der Mitglieder von Arbeiterparteien eine Selbstverständlichkeit, daß die Partei ihnen eine politische Parole gibt. In Ländern, in denen Gewerkschaft und Partei so eng verbunden sind wie in Großbritannien, ist es für die Gewerkschaftsmitglieder eine Selbstverständlichkeit, für die Kandidaten der Arbeiterpartei zu stimmen. In Amerika ist der demokratische Kandidat trotz allem kein Gewerkschaftskandidat, und die Gewerkschaften sind keine politischen Organisationen. So müssen sie sehr sorgsam darauf achten, nicht den Widerspruch ihrer Mitglieder dadurch zu erregen, daß sie etwa bindende Parolen geben.

Aus diesem Grunde hat sich die politische Aktivität aller Gewerkschaften vor allem darauf konzentriert, das Interesse an den Wahlen zu steigern und ihre Mitglieder aufzufordern, sich zunächst in die Wählerlisten einzutragen — in den meisten Bundesstaaten gibt es

keine ständigen Wählerlisten — und dann zur Wahl zu gehen. In zweiter Linie hat sich die gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit in der Wahlkampagne darauf erstreckt, die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen, die zur Diskussion standen, den Massen der Gewerkschaftsmitglieder und ihren Familien zu erklären und die Haltung der beiden großen Parteien zu diesen Fragen klarzustellen. Die Gewerkschaften haben vor allem darauf gesehen, die Bedeutung dieser Fragen hervorzuheben und den Arbeitern darzulegen, daß dies die wirklich entscheidenden Fragen im Wahlkampf waren.

Wie haben die Arbeiter gestimmt?

Wie erfolgreich war diese politische Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften, wenn man sie im Lichte des Wahlergebnisses betrachtet?

Was vor allem die Wahlbeteiligung und das allgemeine Interesse an den Wahlen betrifft, so waren die Bemühungen der Gewerkschaften von außerordentlichem Erfolg begleitet. Gewiß waren die Gewerkschaften nicht der einzige Faktor, der dazu beitrug, daß am 4. November mehr Amerikaner und Amerikanerinnen — vor allem letztere — zur Wahl gingen als je zuvor in einer amerikanischen Wahl. Das Fernsehen, das die Wahlversammlung in das Wohnzimmer jedes amerikanischen Haushaltes verlegte und durch Sendungen unter Tags vor allem die Teilnahme der Frauen erweckte, hat einen bedeutsamen Anteil an der Steigerung der Wahlbeteiligung. Aber es muß anerkannt werden, daß gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit, die sich übrigens auch des Fernsehens und des Radios bediente, zweifellos das allgemeine politische Interesse des amerikanischen Volkes beträchtlich vermehrte.

59,7 Millionen Wähler haben am 4. November 1952 gestimmt, zehn Millionen mehr als an der Präsidentenwahl des Jahres 1940, die bisher die Wahl mit der größten Beteiligung gewesen war. Bei der Präsidentenwahl des Jahres 1948 haben im ganzen 48,4 Millionen Wähler gestimmt.

Diesmal sind also 11 Millionen mehr Amerikaner zur Wahl gegangen als vier Jahre vorher¹. Das ist zu einem gewissen Teil ein unzweifelhafter Erfolg der emsigen Arbeit der politischen Zweckorganisation der amerikanischen Gewerkschaften.

¹ Das sind ungefähr 61 Prozent aller Wahlberechtigten, das heißt der amerikanischen Bürger, die mehr als 21 Jahre alt sind. Die Wahlbeteiligung ist also im Vergleich mit den meisten europäischen Ländern noch immer gering. Immerhin ist die bisherige Rekord-Wahlbeteiligung von 59 Prozent der Wahlberechtigten im Jahre 1940 übertroffen worden. — Von denen, die sich in die Wählerlisten eintragen ließen, sind 79 Prozent zur Wahl gegangen.

Man darf allerdings nicht übersehen, daß sich diese plötzlich angewachsene Wahlbeteiligung *zuungunsten* des Kandidaten der Gewerkschaften ausgewirkt hat. Von den 11 Millionen Wählern, die zum erstenmal in der politischen Arena erschienen, haben nur anderthalb Millionen für Adlai Stevenson, den demokratischen Kandidaten, gestimmt. Stevenson hat 26,6 Millionen Stimmen erhalten, um anderthalb Millionen mehr als Truman im Jahre 1948. Nur *ein* siegreicher Präsidentschaftskandidat, Franklin D. Roosevelt, hat 1936 und 1940 mehr Stimmen auf sich vereinigt als Adlai Stevenson, der noch im Juni, vor der demokratischen Tagung in Chicago, in den weitesten Kreisen des amerikanischen Volkes so gut wie unbekannt war. Und auch Roosevelt hat bei seiner ersten Wahl im Jahre 1932 und bei der letzten im Jahre 1944 weniger Stimmen erhalten als Stevenson. Es unterliegt also keinem Zweifel, daß die einmütige Unterstützung durch die Gewerkschaften Stevenson neue Stimmen gebracht hat – allerdings nicht genug, um die Millionen Stimmen von Erstwählern aufzuwiegen, die dem populären *General Eisenhower*, den jeder Amerikaner seit Jahren als einen der erfolgreichsten amerikanischen Generäle kennt, aufzuwiegen. Eisenhower erhielt 33 Millionen Stimmen, 12 Millionen mehr als der republikanische Kandidat im Jahre 1948. Er hat also den größten Teil der neuen Wähler für sich gewonnen und überdies noch Farmerstimmen gewonnen, die 1948 für Truman abgegeben wurden.

Wie die Arbeiter gestimmt haben, zeigt ein Vergleich der Stimmen in den industriellen und in den agrarischen Staaten. In allen industriellen Staaten – mit Ausnahme von Massachusetts und Indiana – hat Stevenson mehr Stimmen erhalten als Truman im Jahre 1948. Im Industriezentrum Pennsylvania, dem Staate mit vielen Kohlengruben, der Schwerindustrie von Pittsburg und der Stadt Philadelphia, hat Stevenson sogar mehr Stimmen gewonnen als Eisenhower – ein Zeichen, daß die Stahlarbeitergewerkschaft Philip Murrays, die Bergarbeiterorganisation John L. Lewis' und die vielen andern Gewerkschaften im Industriezentrum von Philadelphia erfolgreich gearbeitet hatten. Im Automobilzentrum der Welt, Michigan, mit der Riesenstadt Detroit, hat Stevenson zum Beispiel 200 000 Stimmen mehr erhalten als Truman im Jahre 1948; Eisenhower konnte allerdings seine Stimmenzahl in diesem Bundesstaat um 490 000 Stimmen gegenüber der republikanischen Stimmenzahl des Jahres 1948 erhöhen. Es zeigt sich aber, daß in allen Staaten, in denen die Gewerkschaften größere Massen mobilisieren konnten, die demokratische Stimmenzahl gestiegen ist: die überwiegende Zahl der Gewerkschaftsmitglieder hat der gewerkschaftlichen Parole Folge geleistet.

Freilich, die allgemeinen Verschiebungen, die sich in dieser Wahl in ganz Amerika zeigten, haben auch in den Industriegegenden gewirkt. Vor allem gibt es in allen hochindustrialisierten Bundesstaa-

ten Farmgegenden. Von ihnen galt dasselbe, was sich in allen agrarischen Bundesstaaten zeigte: daß die Farmer gegen die Demokraten und, ihrer Tradition entsprechend, für den republikanischen Kandidaten stimmten. (Die Ueberraschung des Jahres 1948 war, daß die Farmer zu einem großen Teil für Truman stimmten.) Mit Ausnahme von kleineren Stimmengewinnen in vier agrarischen Bundesstaaten hat Stevenson in allen diesen Staaten Stimmen gegen 1948 verloren. Die Farmer haben, obwohl es ihnen genau so gut, ja vielleicht sogar noch besser ging als 1948, für die Republikaner gestimmt.

Wer hat für Eisenhower gestimmt?

Der Grund ist zweifellos nicht wirtschaftliche Unzufriedenheit. Das Merkwürdige an dem Wahlergebnis des 4. Novembers ist, daß zum erstenmal in der politischen Geschichte der Vereinigten Staaten und der meisten andern demokratischen Länder eine Administration mitten in einer Periode der Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung, in einer Zeit außerordentlichen Wohlstandes der Farmer aus dem Amt entfernt wurde.

Es hätte keinen Sinn, die Tatsache zu übersehen, daß die Mehrheit der Wähler nicht nach den großen wirtschaftlichen und sozialen Fragen entschieden hat, sondern auf Grund von Ressentiments gegen eine Partei, die nun schon zwanzig Jahre im Amt war. Die zweite entscheidende Tatsache, die gegen die Administration und damit auch gegen Stevenson wirkte, war der Krieg in Korea. In den letzten Wochen des Wahlkampfes, in denen sich Eisenhowers Reden und die republikanische Wahlagitation auf den Krieg in Korea konzentrierten und der siegreiche General im Krieg gegen Hitler versprach, «nach Korea zu gehen» und die Lasten des Krieges von den Schultern der amerikanischen Soldaten zu nehmen, hatte er sich die Stimmen von Millionen Frauen gesichert. Unter denen, die zum erstenmal wählten, spielten nicht diejenigen, die erst das Wahlalter erreicht hatten, die entscheidende Rolle, sondern diejenigen, die schon früher wahlberechtigt, aber niemals zur Wahl gegangen waren. Es war diese Gruppe von politisch weniger aktiven Wählern und Wählerinnen, die die Millionen zusätzlicher Stimmen für Eisenhower lieferten. Es waren, wie allgemein zugegeben wird, vor allem die *Frauen*, die diese Präsidentenwahl entschieden haben. Wahrscheinlich sind es auch Arbeiterfrauen und sogar Frauen von Gewerkschaftsmitgliedern gewesen, die sich von ihren Männern und deren Organisationen nicht beeinflussen ließen. Hier wird sich für die politische Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften zweifellos eine neue wichtige Aufgabe eröffnen.

Wie hat der Süden gestimmt?

Eine der wichtigsten politischen und sozialen Fragen des heurigen Wahlkampfes war der Süden. Zum erstenmal seit 1928 haben die Republikaner einige Südstaaten erobert. Damals hat der Süden ausschließlich dagegen rebelliert, daß die Demokraten einen Katholiken als Präsidentschaftskandidaten erkoren hatten. Sonst haben die Demokraten seit dem Bürgerkrieg im Süden eine absolute Monopolstellung genossen. Ist dieses Monopol gebrochen und nun auch im Süden der Weg zu einem Zweiparteiensystem eröffnet worden?

Diese Frage ist für die Gewerkschaften aus zwei Gründen von besonderer Bedeutung: der eine ist, daß der Süden in den letzten zehn Jahren seine wirtschaftliche Struktur verändert hat: Industrien sind in den Süden abgewandert, eine Menge neuer Betriebe sind in den Südstaaten neu entstanden, und der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit hat sich ein weites Feld erschlossen. Die Organisationsarbeit im Süden ist um so wichtiger, als die Arbeiter des Nordens und des Mittelwestens ihre Löhne nur dann behaupten können, wenn ihnen im Süden keine Schmutzkonkurrenz durch gewerkschaftlich unorganisierte Betriebe droht. Der zweite Grund, warum die politische Entwicklung im Süden vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus so wichtig ist, ist die Gleichberechtigung der Neger: nur wenn sie vollberechtigte Bürger sind und von ihren gewerkschaftlichen und politischen Rechten Gebrauch machen können, wird es möglich sein, den Rest feudaler Rückständigkeit im Süden zu beseitigen. Wenn die reaktionären südlichen Demokraten, die sich allen Gesetzen zur Herstellung der Gleichberechtigung der Neger oder der Aufhebung des berüchtigten Taft-Hartley-Gesetzes widersetzen, die Kontrolle über die demokratischen Organisationen im Süden verlieren, wäre es möglich, auf längere Sicht die Demokratische Partei auch im Süden zu demselben fortschrittlichen Faktor zu machen, der sie in den letzten zwanzig Jahren im Norden war. Die Entwicklung zum Zweiparteiensystem im Süden würde bedeuten, daß die Republikaner die konservativen Kräfte an sich ziehen, während die Demokraten die Möglichkeit hätten, sich zur Partei der weißen *und* schwarzen Anhänger einer vorwärtsblickenden Politik zu werden.

Die wichtigste Tatsache der Wahlen im Süden ist, daß Stevenson in allen Südstaaten mehr Stimmen hatte als Truman im Jahre 1948. Das ist angesichts der demokratischen Rebellion gegen die fortschrittliche Politik Trumans und vor allem gegen seine Zähigkeit in der Bürgerrechtsfrage ein sehr wichtiges Ergebnis. Dazu kommt, daß Eisenhower auch im Süden sehr populär ist und daß viele für ihn als den bekanntesten General des Zweiten Weltkrieges zu stimmen entschlossen waren. Selbstverständlich hat Eisenhower sowohl dank dieser Tatsache wie auch infolge des offenen Abfalles mancher

demokratischer Parteiführer im Süden mehr Stimmen gewonnen als Stevenson. Das ist an sich nicht verwunderlich, denn die Republikaner hatten bisher im Süden überhaupt keine politische Bedeutung.

Die Stimmengewinne beider Kandidaten, vor allem aber die Stevensons, zeigen, daß das politische Interesse auch im Süden erwacht ist und daß vor allem die Neger von ihren politischen Rechten Gebrauch machen können. Trotz aller Rückständigkeit im Süden und so langsam sich auch der Fortschritt vollzieht, so hat gerade diese Wahl gezeigt, daß der soziale Fortschritt im Süden nicht mehr aufzuhalten ist und daß vor allem die Neger ein neuer politischer Faktor zu werden beginnen. Soweit sich die Demokraten im Süden behaupten konnten, ist es den Negern zu danken gewesen.

Auch im Norden und in allen industriellen Zentren haben die Neger wachsende politische Bedeutung. Wahlstatistiken aus Negerdistrikten zeigen, daß – mit Ausnahme von Chicago – die Wahlbeteiligung diesmal stärker war als 1948. Und alle Statistiken zeigen, daß Stevenson um 4 bis 17 Prozent mehr Stimmen erhielt als Truman im Jahre 1948. Die Treue, mit der er und die demokratische Parteiführung an der Forderung nach Herstellung der Rechtsgleichheit für die Neger festhielt, und die Aufrichtigkeit, mit der Stevenson auch im Süden für diese Forderungen eintrat, hat den Demokraten in Wirklichkeit im Norden wie im Süden genützt. Vor allem bedeutet das Wahlergebnis in dieser Beziehung zweifellos einen Fortschritt. Denn die Neger haben sich als ein Instrument des politischen und sozialen Fortschrittes erwiesen. Da die Gewerkschaften mit solcher Geschlossenheit wie keine andere soziale Gruppe am Fortschritt der Neger interessiert sind und die gewerkschaftliche Organisationsarbeit im Süden im wesentlichen von den Negern abhängt, ist das erwachende politische Interesse der Neger und der politische Differenzierungsprozeß im Süden ein sehr wichtiger Faktor für die weitere Entwicklung der amerikanischen Arbeiterbewegung. Die Entwicklung im Süden ist noch lange nicht abgeschlossen.

Präsidenten- und Kongreßwahl

Zugleich mit dem Präsidenten wurde auch der Kongreß – das gesamte Repräsentantenhaus und ein Drittel der Mitglieder des Senates – gewählt. Während Eisenhower 55 Prozent der Stimmen, also eine klare Mehrheit, erhielt, sind die Kongreßwahlen für die Republikaner entgegen allen Erfahrungen recht ungünstig ausgefallen. Sonst gewinnt ein siegreicher Präsident für seine Partei eine bequeme Mehrheit. Die Republikaner haben im Senat überhaupt keine Mehrheit, sondern erwarten, durch die Stimme des Vizepräsidenten, der auch Vorsitzender des Senats ist und bei Stimmen-

gleichheit entscheidet, eine Mehrheit zu haben. Im Abgeordnetenhaus haben die Republikaner bei 435 Abgeordneten eine Mehrheit von 5 Stimmen. Sie werden trotzdem in den ersten Monaten keinerlei parlamentarische Schwierigkeiten haben, weil sie Unterstützung von den südlichen Demokraten erhalten werden. Eine Mehrheit von diesen und der bisherigen republikanischen Minderheit war auch in den letzten Jahren im Besitz der Macht im Kongreß. Daran wird sich nicht viel ändern, es sei denn, daß die südlichen Demokraten nun, da ihre Partei offiziell in Opposition ist, allmählich wieder mit ihrer Partei und nicht mit den Republikanern stimmen werden. Aber wichtig ist, daß die amerikanischen Wähler durch den Unterschied in der Abstimmung zwischen der Präsidenten- und der Kongreßwahl zu erkennen gaben, daß es ein persönlicher Sieg für Eisenhower, aber kein Vertrauensvotum für die Republikanische Partei war.

Auch das ist vom gewerkschaftlichen Gesichtspunkt aus ein wichtiges Ergebnis. Die Gewerkschaften haben in ihrer politischen Arbeit niemals unterlassen, auf die Bedeutung der Kongreßwahlen in den einzelnen Wahlkreisen hinzuweisen. Auf den Kampf gegen arbeiter- und gewerkschaftsfeindliche Kongreßmitglieder hat sich ein großer Teil der gewerkschaftlichen Aufklärungsarbeit konzentriert. Gerade diese Arbeit war, wie man sieht, nicht erfolglos. 1954, also nach zwei Jahren, finden wieder Kongreßwahlen statt. Die Republikaner werden bei diesen Wahlen nicht mehr im Lichte vager Versprechungen, sondern auf Grund ihrer Leistungen im Kongreß beurteilt werden. Die politische Arbeit der Gewerkschaften wird dann um so größere Bedeutung haben.

Die Folgen für die Gewerkschaften

Daß die demokratische Administration in Washington nach zwanzig Jahren der Kooperation mit den Gewerkschaften nun aus dem Amte scheiden und durch eine viel konservativere, den Gewerkschaften bestenfalls sehr kühl gegenüberstehende Administration ersetzt werden wird, hat seine große Bedeutung. Es hätte keinen Sinn, diese Tatsache zu verkleinern. Aber die Gewerkschaften sind so stark geworden, daß sie sich auch gegenüber dieser Administration behaupten können.

Was in gewerkschaftlichen Kreisen gefürchtet wird, ist nicht eine arbeiterfeindliche Haltung des neuen Präsidenten – man ist überzeugt, daß er persönlich den Gewerkschaften gegenüber fair sein wird —, sondern der Kongreß. Sein geistiger Führer wird *Senator Taft* sein. Was er an neuen Gesetzgebungsmaßnahmen gegen die Gewerkschaften ersinnen und unter dem Vorwand der versprochenen Revision des Taft-Hartley-Gesetzes durchsetzen wird, ist nicht

bekannt. Hier drohen Gefahren, deren sich die Gewerkschaften bewußt sind.

Sie wissen, daß sie von der neuen Administration und vom Kongreß keine Erfüllung ihrer wichtigsten Forderung erwarten können, nämlich die Aufhebung des Taft-Hartley-Gesetzes und seine Ersetzung durch ein modernes Kollektivvertrags- und Gewerkschaftsgesetz. Eisenhower hat eine Reform des Gesetzes versprochen. Aber die große Frage ist, was Taft und der Kongreß aus diesem Gesetz machen werden.

In der Negerfrage, die den meisten Gewerkschaften so sehr am Herzen liegt, ist zunächst kein weiterer gesetzlicher Fortschritt zu erwarten, denn die südlichen Demokraten sind das Zünglein an der Waage und die Republikaner aus dem Süden womöglich noch reaktionärer als die Demokraten.

Ob Eisenhower sein Versprechen, die Sozialversicherung auszuweiten, erfüllen kann, ist fraglich. Es scheinen Bestrebungen im Gang zu sein, diese Frage hinauszuschieben.

Vor allem aber wird es darauf ankommen, daß die Gewerkschaften behaupten, was sie errungen haben, und ihre Position konsolidieren.

Sie werden gewiß ernsthaft und im Lichte genauer Statistiken überprüfen, wie sich die politische Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften ausgewirkt, wo sie Früchte getragen hat und wo nicht. Vor allem wird es wichtig sein, diese Arbeit so zu gestalten, daß sie sich auch auf die Familien der Gewerkschaftsmitglieder ausdehnt und noch intensiver wird. Der große Schritt, den die amerikanischen Gewerkschaften in die Politik gemacht haben, ist auch nach dieser Wahl nicht mehr rückgängig zu machen. Es war eine geschichtliche Notwendigkeit, die ihn diktierte. Ein republikanischer Präsident mit einem republikanischen, konservativen Kongreß werden den Gewerkschaften und über ihre Reihen hinaus den amerikanischen Arbeitern erst recht auf Schritt und Tritt zeigen, daß Gesetzgebung und Administration für die Lebenshaltung der Arbeiter ebenso bedeutungsvoll sind wie die gewerkschaftliche Aktion in den Betrieben. Die Verstärkung dieses Zweiges der gewerkschaftlichen Arbeit wird voraussichtlich eine der Konsequenzen sein, die die Gewerkschaften ziehen werden. Nicht etwa eine neue politische Partei der Gewerkschaften oder der Arbeiter scheint der weitere Weg der amerikanischen Arbeiterbewegung zu sein, wohl aber eine Intensivierung der bisherigen Bemühungen, die Arbeiter zu einem wichtigeren Faktor des traditionellen politischen Lebens Amerikas zu machen. Der Wahlausgang vom 4. November bedeutet für die amerikanischen Gewerkschaften gewiß eine Enttäuschung, aber er wird in ihnen keinen Zweifel an der Richtigkeit ihres Weges aufkommen lassen.

Otto Leichter, New York.